

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

11. Dezember 2017

### **Afghanistan**

#### **Bewaffnete Auseinandersetzungen**

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen wie Luft- und Drohnenangriffen, Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. In den vergangenen Wochen waren folgende Provinzen betroffen: Ghazni, Paktia (Südosten), Nangarhar, Laghman (Osten), Zabul, Helmand (Süden), Maidan Wardak, Kabul (Zentrum), Kunduz (Nordosten; hier wurden bei Einsätzen der Afghan Special Forces mindestens 31 Aufständische getötet, darunter mehrere Personen aus Tadschikistan) und Jawzjan (Norden; wegen des Konfliktes mussten hier 59 Schulen geschlossen werden, so dass rd. 30.000 Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen sind).

#### **Anschläge und Übergriffe**

Am 07.12.17 wurde in Nangarhar (Osten) ein Kind bei einer Bombenexplosion getötet, drei Personen wurden verletzt.

Am 08.12.17 starben mindestens sieben Menschen bei einer Explosion im Stadtteil Sar-e-Kariz Bazaar der Hauptstadt Kabul. Neun Personen erlitten Verletzungen.

Am 10.12.17 wurden zwei Zivilisten wegen bislang unbekannter Vorwürfe in Nangarhar von Taliban hingerichtet. In Laghman (Osten) starben mindestens zwei Taliban beim Versuch, eine Bombe zu legen.

#### **ISKP Rekrutierungen**

Der Islamische Staat in der Provinz Khorasan (ISKP) rekrutiert junge Männer im Norden Afghanistans. Im Distrikt Darzab der Provinz Jawzjan sollen 300 Jugendliche für den Kampf für den IS ausgebildet werden.

### **DR Kongo**

#### **14 UN-Soldaten im Ostkongo von ADF-Rebellen getötet**

Am Nachmittag/Abend des 08.12.17 griffen mutmaßlich Angehörige der Rebellenorganisation ADF (Allied Democratic Forces) eine Basis der UN-Friedenstruppe MONUSCO nahe der Grenze zu Uganda zwischen den Orten Mbau und Kamango (Territorium Beni, ostkongolesische Provinz Nord-Kivu) an. In dieser sind tansanische Elitesoldaten der Eingreiftruppe der MONUSCO stationiert. Bei dem Angriff wurden 14 UN-Soldaten getötet und 53 verletzt. Ferner sollen fünf Regierungssoldaten umgekommen sein.

### **Israel/Palästinensische Autonomiegebiete**

#### **Krise wegen Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem**

Die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem als israelische Hauptstadt durch US-Präsident Trump am 06.12.17 hat eine schwere Krise in den Beziehungen zwischen den USA und den Palästinensern ausgelöst. Israel beansprucht ganz Jerusalem als unteilbare Hauptstadt. Dieser Anspruch ist international nicht anerkannt. Die Palästinenser wollen Ostjerusalem als Hauptstadt eines eigenen unabhängigen Staates. Die Palästinenserbehörde habe allerdings die Beziehungen zu den USA nicht abgebrochen, betonte Abbas-Berater Nabil Shaath am 10.12.17 gegenüber der „Times of Israel“; die Kontakte seien lediglich

unterbrochen. Von US-Seite wurde erklärt, man werde die Bemühungen um eine Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern fortsetzen.

## **Jemen**

### **Ex-Präsident Saleh getötet**

Am 04.12.17 töteten Kämpfer der Houthi-Rebellen in Sana'a den 2012 gestürzten, langjährigen Präsidenten Ali Abdullah Saleh. Er hatte erst vor kurzem mit den Houthi-Rebellen gebrochen, mit denen er 2014 ein Bündnis gegen den international anerkannten und von Saudi-Arabien unterstützten Präsidenten Hadi eingegangen war (vgl. BN v. 04.12.17).

In einer Stellungnahme vom 05.12.17 schwor Salehs Sohn, Ahmed Ali, den Houthis Rache.

### **Luftangriffe auf Sana'a**

Nach UN-Angaben führte die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition gegen die Houthi-Rebellen am 04.12.17 auf die Stadt Sana'a 25 Luftschläge aus. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes stellte am 05.12.17 fest, dass seit Ausbruch der Kämpfe in Sana'a am 29.11.17 234 Menschen getötet und 400 verletzt worden seien. Die Bodenkämpfe sollen kurz nach Salehs Tod am 04.12.17 ein Ende gefunden haben.

## **Kamerun**

### **Anglophone Krise: Tote bei Angriffen der Separatisten auf die Polizei**

In der Nacht vom 07. auf den 08.12.17 attackierten nach Informationen des kamerunischen Kommunikationsministers Tschiroma fast 200 Separatisten der Southern Cameroons Ambazonia Consortium United Front (SCACUF) in der Stadt Mamfe (englischsprachige Region Südwest) eine Polizeikaserne, nach anderen Angaben eine Polizeistation. Hierbei wurden ein Polizist sowie mindestens fünf, nach anderen Angaben sechs Angreifer getötet. Seit etwa einem Monat haben die Separatisten, die am 01.10.17 einen unabhängigen Staat Ambazonia ausgerufen haben, mindestens acht Polizisten und Soldaten getötet worden. Zentren der Auseinandersetzungen sind Mamfe, die Hauptstadt des Departements (Division) Manyu, sowie die benachbarte Stadt Eyumojock, in der Julius Ayuk Tabe, der am 01.10.17 selbsternannte erste Präsident von Ambazonia lebt.

### **Anglophone Krise: Evakuierungsanordnung für 16 Dörfer**

Nachdem Staatspräsident Paul Biya am 30.11.17 den Separatisten den Krieg erklärt hatte, erging am 01.12.17 von den Behörden an die Bewohner von 17 Dörfern in den Gebieten (Sub Divisions) Mamfe, Eyumojock und Akwaya die Aufforderung, ihre Dörfer zu verlassen. Andernfalls würden sie als Komplizen der Täter angesehen, die Anschläge auf die Sicherheitskräfte verübten. Laut Presseberichten haben die meisten Dorfbewohner der Aufforderung Folge geleistet. Nach UNHCR-Angaben vom 07.12.17 sind im Zusammenhang mit der anglophonen Krise in Kamerun seit 01.10.17 rund 5.300 Kameruner über die Grenze nach Nigeria geflüchtet und wurden dort als Asylsuchende registriert.

## **Libanon**

### **Hariri widerruft Rücktritt**

Der libanesische Ministerpräsident Saad Hariri nahm seinen Rücktritt am 05.12.17 offiziell zurück, nachdem die Regierungskoalition seiner Forderung nachkam und ihre Linie bekräftigte, sich aus internen Konflikten arabischer Staaten herauszuhalten (vgl. BN v. 04.12.17).

### **Sanktionen gegen USA angeregt**

Wegen der Entscheidung der USA, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen und die US-Botschaft dorthin zu verlagern, regte der libanesische Außenminister Bassil am 09.12.17 vorsorgliche Maßnahmen bis hin zu Wirtschafts- und Finanzsanktionen seitens der Arabischen Staaten an.

## **Marokko**

### **Casablanca: Zusammenstöße zwischen Migranten und Sicherheitskräften**

Am 09.12.17 kam es in Casablanca, der größten Stadt des Landes, zu Ausschreitungen zwischen Migranten und der Polizei, als diese versuchte, ein Flüchtlingscamp auf einem städtischen Spielplatz aufzulösen. Ein Wachmann soll verletzt worden sein.

Eine Woche zuvor kam es in einem provisorischen Lager zu einer Auseinandersetzung zwischen Migranten und Bewohnern im Stadtteil Derb El Kabir; ein Feuer zerstörte das Lager.

## **Niger**

### **Überfall auf Dörfer**

In der Region Munya haben Bewaffnete mehrere Dörfer überfallen, neun Mädchen entführt und drei Menschen getötet. In Janja brachten sie den Vater dreier Mädchen um, weil er versucht hatte, die Entführung seiner Töchter zu verhindern. Einige der Mädchen sollen wieder freigekommen sein.

### **Migranten zurückgeholt**

Am 06.12.17 wurden 504 nigrische Migranten mit acht Charterflügen aus Libyen nach Niger zurückgebracht. 4.000 illegale Migranten aus Niger haben sich bei der nigrischen Botschaft in Libyen registrieren lassen um zurückzukehren. Mit Unterstützung von IOM und dem MRRM (Migrant Resource and Response Mechanism) Programm der EU werden die Rückkehrer am Flughafen in Niamey empfangen und erhalten Lebensmittel. Die Heimkehr in ihre Herkunftsregion sowie ihre Reintegration wird hier ebenfalls organisiert.

## **Russische Föderation**

### **Präsident Putin stellt sich 2018 erneut zur Wahl**

Der russische Präsident Wladimir Putin strebt eine vierte Amtszeit an. Er wolle bei der Präsidentschaftswahl im März 2018 erneut antreten, erklärte der 65-Jährige bei einem Besuch einer Fabrik in Nischni Nowgorod am 06.12.17. Putin war bereits von 2000 bis 2008 Präsident der Russischen Föderation gewesen. Damals betrug die Amtszeit eines Präsidenten noch vier Jahre. Nach einer Periode als Regierungschef unter Präsident Dimitri Medwedew wurde er 2012 wieder in das höchste Staatsamt gewählt und tauschte mit Medwedew die Posten. Vor der Wahl 2012 wurde die Amtszeit des russischen Präsidenten auf sechs Jahre verlängert. Bei einer weiteren Präsidentschaft wäre er bis 2024 im Amt.

Putins Zustimmungswerte in der Bevölkerung liegen bei mehr als 80 %. Eine Wiederwahl im März 2018 dürfte ihm damit so gut wie sicher sein. Zudem gibt es keinen ernstzunehmenden Gegenkandidaten. Zu diesen gehören bislang der Kommunistenchef Sjuganow, der Ultrationalist Schirinowski und der liberale Politiker Jawlinski. Auch Xenia Sobtschak, eine bekannte Fernsehmoderatorin und Tochter des verstorbenen früheren Bürgermeisters von St. Petersburg, Anatoli Sobtschak, will sich um das Präsidentenamt bewerben. Putins bekanntester Widersacher und Kritiker, Alexej Nawalny, darf aufgrund einer Verurteilung wegen Untreue wahrscheinlich nicht antreten. Nawalny kritisiert das Urteil gegen ihn als politisch motiviert. Mit Demonstrationen seiner Anhänger in ganz Russland versuchte er mehrfach, den Druck auf den Kreml zu erhöhen, seine Kandidatur zuzulassen.

## **Somalia**

### **UN-Bericht zu zivilen Opfern**

Nach Angaben der Vereinten Nationen kamen in der Zeit vom 01.01.16 bis 14.10.17 im Konflikt in Somalia 2.078 Angehörige der Zivilbevölkerung ums Leben, 2.507 wurden verletzt. Für mehr als 60 % der zivilen Opfer macht der UN-Bericht die al-Shabaab verantwortlich. Etwa ein Viertel der Toten lasse sich auf den verheerenden Anschlag vom 14.10.17 in Mogadischu zurückzuführen (vgl. BN v. 04.12.17). Clanmilizen seien für 13 % der Opfer verantwortlich, somalische Stellen einschließlich Polizei und Armee für 11 %, AMISOM für 4 %. Nicht identifizierte Täter verursachten 12 % der Opfer.

## **Syrien**

### **IS doch nicht vertrieben?**

Das russische Verteidigungsministerium meldete am 07.12.17, dass das syrische Territorium vom IS befreit sei. Die oppositionsnahe Beobachtungsstelle für Menschenrechte jedoch teilte nun mit, dass der IS wieder in die nordwestsyrische Provinz Idlib vorgedrungen sei und das Dorf Baschkun erobert habe. Auch habe der IS mehrere Dörfer in der Provinz Hama eingenommen.

## **Türkei**

### **Prozess gegen Demirtaş**

Am 07.12.17 begann im Sincan-Gefängnis von Ankara der Prozess gegen den Vorsitzenden der prokurdischen HDP, Selahattin Demirtaş. Er sitzt seit November 2016 im westtürkischen Edirne in Untersuchungshaft. Eine Zuschaltung per Video zur Verhandlung verweigerte er und beantragte ohne Erfolg, persönlich vor Gericht erscheinen zu dürfen. Der Staatsanwalt fordert 142 Jahre Haft. Die Anklageschrift umfasst mehr als 600 Seiten. Demirtaş wird die Gründung und Führung einer Terrororganisation, Terrorpropaganda und Volksverhetzung vorgeworfen.

### **150 Akademiker vor Gericht**

Wegen der Unterzeichnung einer prokurdischen Deklaration, in der Einsätze der Regierung gegen kurdische Extremisten im Südosten der Türkei verurteilt wurden, müssen sich seit 05.12.17 etwa 150 Akademiker der Istanbuler Universitäten vor Gericht verantworten. Ihnen wird Beteiligung an terroristischer Propaganda zur Last gelegt. Es drohen bis zu siebeneinhalb Jahre Haft.

### **Religiöse Scheidung beispielsweise per SMS**

Die türkische Religionsbehörde Diyanet erlaubt Scheidungen per SMS, E-Mail, Fax, Brief oder Telefon. Presseberichten zufolge wurde auf der Website mitgeteilt, eine Scheidung sei nicht nur möglich, indem man dem Partner gegenüber das Wort „Talaq“ ausspricht (arabisch für Scheidung, Verstoßung der Frau durch den Mann). Diese Form der Scheidung betrifft ausschließlich die religiöse Vereinbarung zwischen Mann und Frau, d.h. sie hat keine juristische Bedeutung. Die religiöse Scheidung war in der Türkei de facto abgeschafft.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing-Notes  
ivs-anfragen@bamf.bund.de